

<b>Stellungnahme</b>	Datum: 19.01.2016
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Rechtsamt	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	
<b>Monatsbericht zu Asylbewerbern, Flüchtlingen und Ausländern sowie zur Situation der zentralen und dezentralen Unterbringung in der Hansestadt Rostock</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
20.01.2016	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Kenntnisnahme	

Ein Antragsrecht der Bürgerschaft besteht nur für wichtige Angelegenheiten im eigenen Wirkungskreis (§ 22 Abs. 2 KV M-V). Für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ist der Oberbürgermeister gem. § 38 Abs. 5 KV M-V zuständig.

Bei dem mit dem Antrag geforderten Monatsbericht dürfte es sich um Angaben handeln, die ausschließlich dem übertragenen Wirkungskreis zuzuordnen sind (vgl. § 2 Abs. 1 FIAG M-V, § 1 ZuwZLVO M-V). Ein Beschlussrecht der Bürgerschaft ist demzufolge nicht gegeben.

Roland Methling